

# Denk ich an Deutschland in der Nacht....

von Uwe Brückner

(zuerst veröffentlicht am 01.05.2023 im Newsletter der Vereinigung der Europäischen Journalisten e.V.)

Die überfällige Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschäftigt Aufsichtsgremien, wissenschaftliche Beiräte, Staatskanzleien, neuerdings auch Gerichte, und sogar die BILD-Zeitung. Allerdings ohne erkennbare Signale. Die schnelle Berufung eines achtköpfigen „Zukunftsrates“, der die Geschicke von ARD und ZDF nun in eine weitere Periode segeln soll, gilt als jüngstes Armutszeugnis der Medienpolitik. Damit geben sich insbesondere die Medienmacher und Sendermitarbeiter nicht mehr zufrieden. Schließlich geht es auch um deren Existenz:

Misswirtschaft, Verflachung der Programme, Endlos-Serien statt Innovation und Vielfalt. Die öffentlich-rechtliche Krake hat nicht nur das Zuseherinteresse eingeschlafert, sondern auch noch die deutsche Medienwirtschaft in den Ruin getrieben: Immer weniger Aufträge werden an freie Produktionen vergeben. Immer mehr Sendeminuten und Formate produzieren Sendertöchter, wie die Degeto selbst. Und die freien Produktionsfirmen kämpfen ums Überleben. Die Fernsehprofis „Wir sind das Fernsehen“, die sich in den 22 Sektionen der „Deutschen Akademie für Fernsehen“ / DAfF versammeln haben nun einen umfangreichen Reformvorschlag in die Diskussion gebracht. Tenor: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar. Aber nicht so!“

Propagiert wird ein ständiger „Medienkonvent“, als Real-Labor und als kenntnisreicher, föderaler Begleiter von Programm- und Struktur-Prozessen der Öffentlich-rechtlichen. Bürgernah und in jedem Fall staatsfern. Schon jetzt kursieren die Reformvorschläge der DAfF in den Staatskanzleien und Medienreferaten. Ein weiterer Baustein ist die unverzichtbare „Räte-Akademie“. Die Aufsichtsgremien sind alles andere als politisch unabhängig: Mit über 30 Prozent sind Vertreter der Politik die stärkste Gruppe in den Aufsichtsgremien. Und die Mehrheitsparteien schätzen die engen Verhältnisse zu „Ihren“ Sendern. Das verfassungsgemäße Gebot der Staatsferne wird auch in den Rundfunkräten nicht eingelöst.

Diese verstehen sich eher als Edel-Lobbyisten, statt als hinterfragende und kenntnisgreifende Bürgervertretung mit Kontrollauftrag. Die Räte-Akademie versorgt die Aufsicht mit Fakten, insbesondere schafft sie einen Überblick zu Effizienz und ermöglicht einen Wettbewerb, ein Benchmarking der Sender untereinander. Was kostet eigentlich die Sendeminute? Warum wird in anderen Anstalten günstiger produziert? Anteil der Buchhaltung pro Euro/Budget? Wie

verhalten sich die Minutenanteile einzelner Programm-Genres im Verlauf der Jahre? Warum sinkt seit Jahren der Anteil an teuren Informationsminuten zu Gunsten steigender Wiederholungen und billiger Talks?

Unerlässlich ist in jedem Fall der Beginn einer öffentlichen Qualitätsdebatte. Es fehlen bis heute valide Qualitäts-Kriterien, die den Anspruch der Zuseher einfordern und vergleichbar machen. Schon im berühmt-berüchtigten „Weihnachtsgutachten 2014“ des wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums wurde das Fehlen jeglicher Qualitätsstandards gerügt.

Der machtlose Blick auf das System von ARD und ZDF hinterlässt bei vielen den Eindruck einer „Black Box“: Intransparent und radikal subsidiär. Auch gegenüber dem Zuseher. Da könnte man doch erwarten, dass in einem solchen geschützten Paradiesgarten der Rundfunklandschaft bunte Innovationen, ja sogar ideenreiche Wasserfälle den Nutzer erfrischen oder freche Fernseh-Faune zum Schmunzeln anregen? Nichts davon ist der Fall. Das deutsche Gebühren-Fernsehen zeichnet sich durch zahllose Tatort-Leichen, durch ein Diktat des Profi-Sports und endlose Quiz-Quälereien bis zum Sendeschluss aus. Experimente? Innovationen? Fehlanzeige!

Gefragt nach den Ursachen, raunte mir ein Redaktionsleiter des BR schon vor Jahren zu: „Es ist das Risiko! Das Einzige, wovor „die da oben Angst haben“ ist das Risiko!“

Das Reformpapier der Deutschen Akademie für Fernsehen kann da Abhilfe schaffen. Ein „Medieninnovations-Fonds“ lagert das Risiko aus. Für nur etwa 2% der Beitragssumme kann eine unabhängige Jury neue und experimentelle Formate ausschreiben und redaktionsunabhängig beauftragen. Zwei Prozent klingt wenig, kann aber viel bewirken. Immerhin realisierten in 2019 private TV-Produzenten mit nur 1,7 Prozent des ARD-Gesamtbudgets für Reportagen und Dokumentationen einen Programmanteil von 17 (!) Prozent. Ein solcher „Innovations-Fonds“ ist nicht neu, er wurde ebenfalls schon in der „Weihnachtspost“ des Bundesfinanzministeriums 2014 dringend angemahnt. Das Fernsehpublikum in Neuseeland erfrischt sich durch die Angebote des sogenannten „Art Councils“ seit Jahren schon hervorragend. Auch die BBC zeigt hohes Interesse an einem „Public Broadcasting System“: Ausschreibungen für neue Programme und deren Vergabe durch eine qualitätsbewusste, aber risikofreudigen Jury.